

Bericht und Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit zur „EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode“**I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat die „EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode“, Mitteilung des Senats vom 19. April 2016, Drs. 19/387, in ihrer Sitzung am 26. Mai 2016 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit überwiesen.

Der Ausschuss hat die EU-Strategie in seiner Sitzung am 13. September 2016 unter Beteiligung der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit beraten.

Die EU-Strategie enthält die Eckpunkte der Europapolitik der Freien Hansestadt Bremen, beschreibt Maßnahmen zur Umsetzung dieser Politik und benennt die drei wesentlichen Handlungsfelder für die laufende Legislaturperiode: Integratives Wachstum, intelligentes Wachstum und nachhaltiges Wachstum.

Der Ausschuss ist sich einig, dass die Strategie viele gute Eckpunkte benennt und für das Land Bremen wichtige Handlungsfelder aufgreift. Begrüßenswert seien insbesondere das klare Bekenntnis zur europäischen Integration und den Grundwerten der EU sowie das Engagement für ein offenes und solidarisches Europa.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt ausdrücklich den querschnittsorientierten Aufbau der Strategie und die Darstellung europaspezifischer Relevanz in breit gefächerten Themenstellungen. Es werde in besonderer Weise verdeutlicht, dass europäische Themen in allen regionalen Politikfeldern mitgedacht werden müssten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hebt besonders hervor, dass es in Bremen in besonderer Weise gelungen ist, eine hervorragende Infrastruktur für die Versorgung der bremischen Bevölkerung mit EU-Informationen zu schaffen. Dies sei eine wichtige Grundlage für die Förderung und Unterstützung des Meinungsbildungsprozesses der Bürgerinnen und Bürger im europapolitischen Bereich.

Ebenso gewürdigt wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das ausgearbeitete europapolitische Jugendkonzept, welches u. a. auch notwendige Maßnahmen zur Förderung der europapolitischen Bildung im Land Bremen aufzeigt. Die Förderung eines solidarischen Europagedankens in Bildungs- und Jugendeinrichtungen, der Ausbau von europaspezifischen Kompetenzen in den Bremer Schulen, sowie europaspezifischer Expertise an den Bremer Hochschulen ist von besonderer Bedeutung.

Die Fraktion der SPD stimmt mit den Eckpunkten der Strategie als handlungsleitende Prioritäten für die EU-Politik der Freien Hansestadt Bremen überein. Sie geht davon aus, dass Bremen sich auf der Grundlage der Strategie weiterhin aktiv in dem Prozess zur Gestaltung Europas einbringt und wirksame Maßnahmen ergreift, die Bedeutung und den Wert der Europäischen Union den Bürgerinnen und Bürgern in Bremen und Bremerhaven zu vermitteln. Die SPD-Fraktion begrüßt, dass die Strategie anschaulich die vielfältigen EU-Bezüge für das Handeln bremischer Politik und Verwaltung darstellt und damit die Bedeutung der europäischen Ebene für die Freie Hansestadt Bremen verdeutlicht. Angesichts der großen Herausforderungen in Euro-

pa und ihren Auswirkungen auf die Freie Hansestadt Bremen weist sie auf die Bedeutung einer wirksamen Vertretung bremischer Interessen in Brüssel hin und bekräftigt den Stellenwert einer Verwaltung mit hoher Europakompetenz.

Von den Fraktionen der CDU, der LINKEN und der FDP wird kritisiert, dass die Strategie trotz der zahlreichen guten Ansätze in vielen Bereichen zu wenig konkrete Ziele und Maßnahmen enthält. Es werde oft nicht klar, was Bremen in den einzelnen Politikfeldern genau erreichen wolle und wie dies angegangen werden solle.

Die Fraktion der CDU stellt fest, dass die europäische Politik in den letzten Jahren vor einer Vielzahl von politischen Herausforderungen stand. Den Diskussionen über die europäische Staatsschuldenkrise und dem Verbleib Griechenlands in der Eurozone, folgten im Jahr 2015 Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU um die Bewältigung der Flüchtlingskrise und die Solidarität gegenüber anderen Mitgliedsstaaten. Bewusste nationale Alleingänge und eine Abgrenzung innerhalb der Staatengemeinschaft führten zu einem zunehmenden Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust der EU und ihrer Institutionen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Diese Entwicklungen gipfelten mit der Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens, die EU zu verlassen, dem sogenannten Brexit im Juni 2016.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion begrüßt vor diesem Hintergrund, dass sich die Freie Hansestadt Bremen auch weiterhin zur Europäischen Union (EU) und ihren Werten bekennt. Die deutsche Mitgliedschaft in der EU ist wirtschaftlich und politisch alternativlos und ein Garant für Frieden, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung auf unserem Kontinent.

Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion gibt die aktuell vorgelegte EU-Strategie allerdings zu wenig Antworten auf die aktuelle Glaubwürdigkeitskrise der EU und ihrer Institutionen. Auch die Freie Hansestadt Bremen sollte in der 19. Legislaturperiode über die bereits bestehenden und bewährten Maßnahmen hinaus Instrumente entwickeln, die geeignet sind, das Vertrauen der Bremerinnen und Bremer in die EU und ihre Institutionen zu stärken. Dazu gehört auch eine Diskussion über das Spannungsverhältnis von Beteiligungsmöglichkeiten und Handlungsfähigkeit der EU, wie der aktuelle Entscheidungsprozess zu CETA gezeigt hat.

Darüber hinaus wünscht sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion im Handlungsfeld intelligentes Wachstum eine stärkere Fokussierung auf Projekte und Maßnahmen, die die bremische Wirtschaft mehr in den europäischen Kontext einbeziehen und auf diesem Weg zur Stärkung europäischer Identität beitragen. So kann ein Mehrwert für die Freie Hansestadt Bremen geschaffen werden. Das betrifft insbesondere den Bereich Energie, bei dem die Offshorenetze, die Energiesicherheit und die regionalen Netze nur eine untergeordnete Rolle spielen. Es wird nicht klar, warum beispielsweise der Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) nicht für den Juncker-Investitionsplan angemeldet wurde. Auch die Bereiche Automobilindustrie und E-Mobilität werden in der Strategie nicht ausreichend berücksichtigt.

Eine zentrale Frage der europäischen Zusammenarbeit ist für die CDU-Bürgerschaftsfraktion auch der Bereich innere Sicherheit. Aus der Strategie wird nicht ersichtlich, wie sich die Freie Hansestadt Bremen an den zentralen Handlungsfeldern wie der Schwächung internationaler krimineller Netzwerke, Maßnahmen gegen Terrorismus, Radikalisierung und Rekrutierung von Terroristen, Sicherung der Außengrenzen, Verbesserung der Handlungsfähigkeit im Krisenfall und Abwehr von Cyberkriminalität beteiligt.

Die Fraktion DIE LINKE weist darauf hin, dass z. B. die Ambitionen der EU im Bereich sozialer Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich nicht immer der Realitätsüberprüfung standhalten, sondern Sozialstandards teilweise von der EU sogar untergraben werden.

Die Fraktion der FDP misst den Themen Bildung und Ausbildung eine wichtige Bedeutung bei und hierbei insbesondere der Frage, welche bremischen Projekte europäisch gefördert und welche Ideen aus Europa auch in Bremen umgesetzt werden könnten. Ein weiterer Schwerpunkt müsse nach Einschätzung der FDP-Fraktion auf die Förderung der wirtschaftlichen Eigenentwicklung gelegt und Projekte unterstützt werden, die Privatpersonen beim Schritt in die Selbstständigkeit begleiten.

II. Beschlussempfehlung

Der Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) einstimmig:

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit zur Kenntnis.

Dr. Henrike Müller
(Vorsitzende)